

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 23

5. März

1915

Betr.: Die Freigabe der Waldweide und die Abgabe von Futtermitteln aus dem Walde.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Grobsh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Um die Erhaltung der Viehbestände während des Krieges sicher zu stellen, ist es erforderlich, daß im Bedarfsfalle Gelegenheit zur Waldweide geboten wird. Zunächst wird nur der Eintrieb von Schweinen und Schafen in Betracht kommen, zumal durch die Schweine auch die noch etwa vorhandene Eichelmast nutzbar gemacht werden kann. Von Mai ab wird auch die Rindviehweide an geeigneten Waldorten ausgebaut werden können.

Nach Verfügung Grobsh. Ministeriums der Finanzen, Abt. für Forst- und Kameralverwaltung, an die Grobsh. Oberförstereien sind im Domänenwalde alle Bestände, die ohne wirtschaftlichen Nachteil den einzelnen Viehhaltungen geöffnet werden können, ohne Entgelt zur Weide freigegeben, vorausgesetzt, daß für entsprechende Aufsicht gesorgt wird. Namentlich muß Fürsorge getroffen werden, daß kein Verlaufen der Tiere, Einbringen in Hegen, Verbeissen und Schälen von Holzpfählen stattfinden kann. In den Kommunalwaldungen sind Ihnen von den Grobsh. Oberförstereien die Bestände und Waldorte zu bezeichnen, die nach vorstehenden Gesichtspunkten und unter gleicher Voraussetzung für die Waldweide freigegeben werden können. Zugleich wird Ihnen mitgeteilt werden, welche Maßnahmen zu treffen sind, um die erforderliche Aufsicht und Ordnung aufrecht zu erhalten und Schäden zu verhüten.

Zugleich ist den Grobsh. Oberförstereien empfohlen, mit Beginn des Frühjahr erneuert in der Abgabe von Gras und Futterkräutern aus dem Walde besonders zum Unterhalt von Kleinvieh, das, wie die Ziegen, nicht in den Wald getrieben werden darf, möglichsten Entgegenkommen zu erweisen. Namentlich wird es sich darum handeln, das Gras und die Futterkräuter aus Hegen und von solchen Stellen, die aus waldbaulichen Gründen zur Weide nicht freigegeben werden können, durch Ruppen oder, soweit dies ohne Schäden angängig, auch durch Ausschneiden nutzbar zu machen. Auch kann die Gewinnung von Futterlaub an Stellen, wo solches ohne Nachteil genutzt werden kann, in Betracht gezogen werden. Aus dem Domänenwalde können diese Futterabgaben während der Kriegszeit unentgeltlich stattfinden.

Für die Kommunalwaldungen werden die Grobsh. Oberförstereien im Einvernehmen mit Ihnen die erforderlichen Maßnahmen veranlassen, um auch hier die Futtermittel des Waldes im weitesten Umfang nutzen zu lassen.

Sie wollen sich wegen Ausführung der Maßnahmen mit den Grobsh. Oberförstereien ins Benehmen setzen.

Soweit in Ihren Gemarkungen landesherrliche Waldungen vorhanden sind, wollen Sie wegen gleichmäßigen Anordnungen mit den landesherrlichen Verwaltungen ins Benehmen treten.

Gießen, den 3. März 1915.

Grobsh. Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

1. Betr.: Die Verwendung von Rohzucker (Erstprodukt) vom 19. Februar 1915.

2. Betr.: Einfuhr von Pflanzen und sonstigen Gegenständen des Gartenbaues vom 19. Februar 1915.

Die nachstehenden Bekanntmachungen des Reichskanzlers obigen Betreffs bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Gießen, den 1. März 1915.

Grobsh. Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

Bekanntmachung

über die Verwendung von Rohzucker (Erstprodukt).

Vom 19. Februar 1915.

Auf Grund von § 5 Abs. 1 und 2 und von § 6 Abs. 2 der Verordnung, betreffend Verkehr mit Zucker, vom 12. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 75) und von § 2 der Bekanntmachung über zuckerhaltige Futtermittel vom 12. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 78) bestimme ich:

§ 1. Von dem in Rohzuckerfabriken und dazugehörigen Lagern befindlichen Rohzucker (Erstprodukt) aus dem Betriebsjahr 1914/15 sind 65 Hundertteile des Kontingents (§ 1 der Verordnung, betreffend Verkehr mit Zucker) dem steuerpflichtigen Inlandsverbrauch — ausgenommen die Branntweinherstellung — vorbehalten. Dabei sind die von der Fabrik erworbenen steuerfreien Kontingente anteile hinzuzurechnen, auf andere übertragene Kontingente anteile abzuziehen. Auf die 65 Hundertteile sind anzurechnen die an Verbrauchsuckerfabriken abgelassenen und noch abzulassenden steuerfreien Mengen.

Der auf die übrigen 35 Hundertteile entfallende Rohzucker (Erstprodukt) und der Rohzucker (Erstprodukt) aus früheren Betriebsjahren ist in folgender Reihenfolge zu verwenden:

1. Zunächst sind nachstehende Verträge zu erfüllen:

a) Verträge über Lieferung von Zucker an Branntweinbrenner, die vor dem 4. Februar 1915 abgeschlossen sind;

b) Verträge über Lieferung zuckerhaltiger Futtermittel, die vor dem 12. Februar 1915 geschlossen und vor dem 15. März 1915 zu erfüllen sind;

c) Verträge über Lieferung von Rohzucker zur Herstellung von Futtermitteln, die vor dem 12. Februar 1915 geschlossen und vor dem 15. März 1915 zu erfüllen sind; die Vergütung muß vor dem 15. März 1915 beendet sein, und zwar auch dann, wenn der Zucker vorher versandt worden ist.

Die unter a, b und c genannten Verträge stehen untereinander gleich.

2. Der verbleibende Zucker ist bis zur Höhe von 12 Hundertteilen des Kontingents der Bezugsvereinigung deutscher Landwirte auf Verlangen zu liefern.

3. Der Rest darf zur Viehfütterung und zur Branntweinherstellung abgegeben werden; die Vergütung muß vor dem 15. März 1915 beendet sein, und zwar auch dann, wenn der Zucker vorher versandt worden ist.

§ 2. Steuerfreier Rohzucker (Erstprodukt) sowie der aus anderen Fabriken in Verbrauchsuckerfabriken ausgenommene Rohzucker (Erstprodukt) darf weder zu steuerfreien Breden noch zur Branntweinherstellung verabfolgt werden.

Ausnahmen kann die Verteilungsstelle für Rohzucker (§ 6 Abs. 2 der Verordnung, betreffend Verkehr mit Zucker) zulassen.

§ 3. Ueber gesperrten Rohzucker (Erstprodukt) und über Rohzucker (Erstprodukt) aus früheren Betriebsjahren, die sich außerhalb von Zuckerfabriken und ihren Lagern befinden, darf zur Erfüllung der im § 1 Abs. 2 Ziffer 1 genannten Verträge verfügt werden.

Berlin, den 19. Februar 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Delbriick.

Bekanntmachung

betreffend Einfuhr von Pflanzen und sonstigen Gegenständen des Gartenbaues, vom 19. Februar 1915.

Auf Grund der Vorschrift im § 4 Nr. 1 der Verordnung, betreffend das Verbot der Einfuhr und der Ausfuhr von Pflanzen und sonstigen Gegenständen des Wein- und Gartenbaues, vom 4. Juli 1883 (Reichs-Gesetzbl. S. 153) bestimme ich folgendes:

Die Einfuhr aller zur Gattung der Rebe nicht gehörigen Pflanzlinge, Sträucher und sonstigen Pflanzenstoffe, welche aus Pflanzschulen, Gärten oder Gewächshäusern stammen, über die Grenzen des Reichs darf fortan auch über das Königlich Preussische Zollamt I Bocholt erfolgen.

Berlin, den 19. Februar 1915.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: von Jonquière.

Betr.: Frühjahrseinstellung.

An die Grobsh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Die Frühjahrseinstellung der Felder steht unmittelbar bevor. Im Interesse der Ernährung unseres Volkes nach Verbrauch der verfloßenen Ernte ist es von der größten Wichtigkeit, daß alle anbauungsfähigen Flächen ausgenutzt und so die Erträge nach Möglichkeit gesteigert werden. Unbedingt ist darauf zu achten, daß tragfähiges Land nicht brach liegen bleibt und hierdurch die landwirtschaftliche Produktion unter den Erntertrag in Friedenszeiten herabgedrückt wird.

Dabei verkennen wir nicht die Schwierigkeiten, die sich einer solchen intensiven Bestellung entgegenstellen werden. Viele der landwirtschaftlichen Grundbesitzer stehen im Felde, ebenso sind der Landwirtschaft durch den Kriegsdienst eine Menge landwirtschaftlicher Arbeiter entzogen.

Die Schwierigkeiten sind umso größer, als man es innerhalb des Kreises — von geringen Ausnahmen abgesehen — mit stark parzelliertem mittlerem und Kleingebiet zu tun hat, der vorwiegend von dem Besitzer und den männlichen Familienangehörigen bestellt wurde. Fallen diese Arbeitskräfte aus, wie jetzt zur Kriegszeit, so besteht die Gefahr, daß in zahlreichen Fällen niemand sich der Bestellung annimmt und eine sehr bedeutende Fläche ertragreichen Landes ungenutzt liegen bleiben wird.

Unser aller Pflicht muß es nun sein, diese Gefahr auszuschließen. Sie kann nur wirksam dadurch abgewendet werden, daß alle Gemarkungen planmäßig bestellt werden.

Daß dies hinsichtlich Ihrer Gemarkung geschieht, wollen Sie sich ganz besonders angelegen sein lassen. Sollte der eine oder andere Ihrer Gemeinde Angehörige seine Grundstücke nicht sachgemäß bestellen, so wollen Sie, falls auch Ihre Einwirkung auf ihn vergeblich sein sollte, uns alsbald hierüber berichten, wie wir denn auch etwaigen Anträgen oder Verbesserungsvorschlägen hinsichtlich

der Ausstellung von Grundländezeilen usw. entgegensehen, wenn Sie glauben, daß Anordnungen unsererseits oder dergl. im Interesse der Sache gelegen sind.

Gießen, den 24. Februar 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Das Ausmahlen von Brotgetreide.

Es ist zu unserer Kenntnis gelangt, daß die Mühlenbesitzer die Vorschriften über das Ausmahlen von Brotgetreide immer noch nicht genügend beachten. Indem wir nochmals ausdrücklich darauf hinweisen, daß Weizen mindestens bis zu 80 Prozent und Roggen wenigstens bis zu 82 Prozent durchgemahlen werden muß, und zwar letzterer auch dann, wenn er mit Gerste vermischt ist, geben wir gleichzeitig bekannt, daß unausgesetzt Revisionen stattfinden und Zuwiderhandlungen unmissichtlich zur Anzeige gebracht werden.

Gießen, den 3. März 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Beschlagnahme der Haferkörner.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Grohh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Nach § 8, letzter Absatz der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Hafer vom 13. Februar 1915, ist der Gemeindevorstand verpflichtet, dafür zu sorgen, daß der als Saatgut dienende Hafer nicht etwa an Pferde verfüttert, sondern aufbewahrt und zur Frühjahrspflanzung auch wirklich verwendet wird. Bei der großen nationalen Bedeutung, die der Fürsorge für die nachjährige Ernte zukommt, wird Ihnen die gewissenhafteste Erfüllung der Ihnen hiernach auferlegten Überwachungsspflicht ganz besonders eingeschärft. Bei ihrer Ausübung hat Ihnen die Gendarmerie jede gewünschte Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Gießen, den 2. März 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

An die Gendarmerien des Kreises.

Sie wollen etwaigen Ersuchen, die nach Maßgabe des obigen Ausschreibens an sie gerichtet werden, Folge leisten.

Gießen, den 2. März 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Beschlagnahme.

Betr.: Beschlagnahme der Wolle.

Nachstehende Verfügung wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerkung, daß jede Übertretung, sowie jedes Ansehen zur Übertretung der erlassenen Vorschrift bestraft wird.

Das Wollgefälle der deutschen Schafschur 1914/15, gleichviel, ob sich dasselbe bei den Schafhaltern, an sonstigen Stellen, oder noch auf den Schafen befindet, sowie das Wollgefälle bei den deutschen Gerbereien wird von heute ab für die Zwecke der Heeresverwaltung in vollem Umfang beschlagnahmt und der Weiterverkauf verboten. Desgleichen ist verboten jedes andere Rechtsgeschäft, welches eine Veräußerung des Wollgefälles zur Folge hat. Verboden ist außerdem das Scheren der Schafe zu einer früheren, als der in anderen Jahren üblichen Zeit. Die Wolle hat an dem Orte zu verbleiben, wo sie sich im Augenblick dieser Beschlagnahme-Verfügung befindet.

Soweit sich die Wolle am Tage der Bekanntmachung bereits in den Betrieben und eigenen oder gemieteten Lagerräumen von Fabrikanten, die Heereslieferungen auszuführen haben, befindet, ist die Weiterverarbeitung gestattet, sofern die Wolle nachweislich zu Heereslieferungen verarbeitet wird.

Vorschriften über die Verwendung der beschlagnahmten Wollbestände erfolgen in kurzer Zeit durch das Königlich Preussische Kriegsministerium und werden öffentlich bekannt gemacht.

Frankfurt a. M., den 28. Februar 1915.
Stellvertretendes Generalkommando, 18. Armeekorps.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Grohh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Obige Bekanntmachung wollen Sie auf ortsübliche Weise veröffentlichen.

Gießen, den 3. März 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Betr.: Vorübergehende Erleichterung der Untersuchung von Schlachtvieh.

An das Grohh. Polizeiamt Gießen und an die Grohh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung und Verfügung vom 5. Februar 1915 — abgedruckt im Kreisblatt Nr. 15 — benachrichtigen wir Sie, daß Grohh. Ministerium des Innern unter ausdrücklicher Anordnung der in der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 21. v. Mts. Nr. 4621 zugelassenen Erleichterung bestimmt hat, daß in den Vorschriften der Fleischbeschauordnung

über die Ausübung der Fleischbeschau eine weitere Aenderung nicht einzutreten hat und daß somit die in obiger Bekanntmachung gewährte Erleichterung nur eintreten kann in Fällen, in denen nach dem auf Grund der Fleischbeschauordnung getroffenen Anordnungen die Fleischbeschau durch Tierärzte ausgeübt wird.

Sie wollen das Fleischbeschaupersonal in Ihrer Gemeinde hierauf hinweisen.

Gießen, den 3. März 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Anmeldepflicht für in Pflege genommene Militärpersonen.

Auf Antrag und im Einvernehmen mit dem Garnisonkommando zu Gießen wird folgende

polizeiliche Anordnung

erlassen:

Alle Quartiergeber, bei denen sich genesende Militärpersonen in Privatpflege befinden, haben binnen 48 Stunden der zuständigen Bürgermeisterei (in Gießen dem Grohh. Polizeiamt) die Namen der betreffenden Militärpersonen (Offiziere und Mannschaften) anzumelden. Die Anmeldung hat auch dann zu erfolgen, wenn eigene Angehörige der Quartiergeber von diesen in Pflege genommen werden.

Zuwiderhandlungen gegen diese polizeiliche Anordnung werden mit Geldstrafe bis zu 90 Mark, im Falle der Uneinbringlichkeit mit entsprechender Haftstrafe, geahndet.

Gießen, den 19. November 1914.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

An die Grohh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises, das Grohh. Polizeiamt Gießen und die Grohh. Gendarmerie des Kreises.

Es wird Ihnen hiermit zur Pflicht gemacht, den Befolg der vorstehenden polizeilichen Anordnung genau zu überwachen. Die Grohh. Bürgermeisterien sowie das Grohh. Polizeiamt Gießen werden außerdem angewiesen, die Bekanntmachung als bald in ortsüblicher Weise zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Eingehende Anmeldungen sind noch am Tage des Eingangs unmittelbar an das Grohh. Bezirkskommando Gießen weiterzugeben. Die Uebersendung der Anmeldungen an das Bezirkskommando aus den Landgemeinden hat unter Aufschrift des Vermerks „Heeresache“ und unter Beifügung des Amtssiegels auf dem Umschlag zu erfolgen. Die Beförderung durch die Post geschieht alsdann portofrei.

Gießen, den 19. November 1914.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Den Vertrieb der Lose zur 1. Klasse der 6. Preussisch-Süddeutschen (232. Königlich Preuss.) Klassenlotterie.

An das Grohh. Polizeiamt Gießen und die Grohh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Unter Bezugnahme auf unsere im „Giesener Anzeiger“ Nr. 63 vom 16. Oktober 1914 abgedruckte Bekanntmachung benachrichtigen wir Sie, daß der Vertrieb der Lose der 1. Klasse der 6. Preussisch-Süddeutschen (232. Königl. Preuss.) Klassenlotterie am 4. Juni d. Js. beginnen und die Ziehung der 1. Klasse dieser Lotterie am 9. und 10. Juli 1915 stattfinden wird.

Gießen, den 27. Februar 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Abänderung der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Fleischvorräten vom 25. Januar 1915 (Reichsgesetzblatt S. 45).

Die nachstehende Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers vom 25. Februar d. J. bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Gießen, den 3. März 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B. Dehler.

Bekanntmachung

Betreffend Aenderung der Bekanntmachung über die Sicherstellung von Fleischvorräten vom 25. Januar 1915 (Reichsgesetzblatt S. 45). Vom 25. Februar 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichsgesetzblatt S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Artikel 1.

In der Bekanntmachung über Sicherstellung von Fleischvorräten vom 25. Januar 1915 (Reichsgesetzblatt S. 45) wird folgende Aenderung vorgenommen:

Der § 3 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

Als Marktpreis gilt bei Schweinen über 100 Kilogramm Lebendgewicht die amtliche Preisfeststellung des Schlachtviehmarkts,

von der Landeszentralbehörde für den Abnahmeort als maßgebend bestimmt wird, nach dem Durchschnitt der beiden letzten Hauptmarkttage vor dem Eigentumsübergang.

Bei Schweinen von 60 bis 100 Kilogramm Lebendgewicht gelten als Marktpreise auf je 50 Kilogramm Lebendgewicht für Abnahmeorte

a) in den preussischen Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schlesien, Pommern

in der Gewichtsklasse		Kilogramm Lebendgewicht		Mark	
von 60 bis	65	über 65	70	49	50
"	70	"	75	"	51
"	75	"	80	"	53
"	80	"	85	"	55
"	85	"	90	"	57
"	90	"	95	"	60
"	95	"	100	"	63

b) in den preussischen Provinzen Brandenburg, Sachsen, Schleswig-Holstein, im Kreise Herrschaft Schmalkalden, im Königreiche Sachsen, in den Großherzogtümern Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, im Großherzogtume Sachsen ohne die Enklave Döbeln a. Rhön, in den Herzogtümern Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha ohne die Enklave Königsberg i. Fr., Anhalt, im Kreise Blankenburg, im Amte Calvörde, in den Fürstentümern Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt, Reich a. L., Reich j. L., in Lübeck, Hamburg

in der Gewichtsklasse		Kilogramm Lebendgewicht		Mark	
von 60 bis	65	über 65	70	50	51
"	70	"	75	"	52
"	75	"	80	"	54
"	80	"	85	"	56
"	85	"	90	"	58
"	90	"	95	"	61
"	95	"	100	"	64

c) in den preussischen Provinzen Hannover, Westfalen, Rheinprovinz, Hessen-Nassau, im Großherzogtum Oldenburg, im Herzogtume Braunschweig ohne den Kreis Blankenburg und das Amt Calvörde, in den Fürstentümern Waldeck, Lippe, Schaumburg-Lippe, in Bremen

in der Gewichtsklasse		Kilogramm Lebendgewicht		Mark	
von 60 bis	65	über 65	70	51	52
"	70	"	75	"	53
"	75	"	80	"	55
"	80	"	85	"	57
"	85	"	90	"	59
"	90	"	95	"	62
"	95	"	100	"	65

d) in den übrigen Teilen des Deutschen Reichs

in der Gewichtsklasse		Kilogramm Lebendgewicht		Mark	
von 60 bis	65	über 65	70	52	53
"	70	"	75	"	54
"	75	"	80	"	56
"	80	"	85	"	58
"	85	"	90	"	60
"	90	"	95	"	63
"	95	"	100	"	66

Artikel 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 25. Februar 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Deßbrück.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Zulassung von Kraftfahrzeugen zum Verkehr auf öffentlichen Wegen und Plätzen.

Indem wir die nachstehende Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers vom 25. Februar d. J. zur öffentlichen Kenntnis bringen, bemerken wir, daß als die in der Bekanntmachung erwähnte höhere Verwaltungsbehörde für die Eingefessenen des Kreises Gießen das unterzeichnete Großh. Kreisamt in Betracht kommt.

Gießen, den 3. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B. Dechler.

Bekanntmachung

Betreffend Zulassung von Kraftfahrzeugen zum Verkehr auf öffentlichen Wegen und Plätzen.

Vom 25. Februar 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die vor dem 15. März 1915 nach Maßgabe der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Februar 1910

(Reichs-Gesetzbl. S. 389) und 21. Juni 1913 (Reichs-Gesetzbl. S. 326) erfolgte Zulassung eines Kraftfahrzeuges zum Verkehr auf öffentlichen Wegen und Plätzen erteilt mit dem 14. März 1915.

Der Eigentümer des Fahrzeuges hat die nach Absatz 1 wirkungslos gewordene Zulassungsbescheinigung unverzüglich an die für seinen Wohnort zuständige höhere Verwaltungsbehörde abzuliefern. Unterbleibt die Ablieferung, so hat die höhere Verwaltungsbehörde die Zulassungsbescheinigung einzuziehen. Die Zulassungsbescheinigung ist von der höheren Verwaltungsbehörde bis auf weiteres aufzubewahren.

§ 2. Die Erneuerung einer nach § 1 erloschenen Zulassung erfolgt auf Antrag des Eigentümers durch die höhere Verwaltungsbehörde auf jederzeitigen Widerruf, sofern für den weiteren Verkehr des Fahrzeuges ein öffentliches Bedürfnis besteht.

Ein öffentliches Bedürfnis darf nur anerkannt werden:

1. für den Verkehr der Kraftfahrzeuge, welche zur ausschließlichen Benutzung im Dienste des Reichs, eines Bundesstaates oder einer Behörde bestimmt sind;
2. für den Verkehr von Kraftfahrzeugen, die ausschließlich von Feuerwehren zu dienstlichen Zwecken oder von gemeinnützigen Anstalten zur Krankenbeförderung oder zu Rettungszwecken benutzt werden;
3. für den Verkehr von Kraftomnibussen;
4. für den Verkehr einer von der höheren Verwaltungsbehörde zu bestimmenden beschränkten Anzahl von Kraftdroschken und Mietwagen;
5. für den Verkehr anderer Kraftfahrzeuge, sofern von ihrer Zulassung die Ausübung eines im öffentlichen Interesse liegenden Berufs (Ärzte, Tierärzte und dergleichen) abhängt.

Die Zulassung von Kraftfahrzeugen kann außerdem erneuert werden, sofern ihr Verkehr zur Aufrechterhaltung gewerblicher Betriebe erforderlich ist.

§ 3. Der Antrag auf erneute Zulassung ist vom Eigentümer des Fahrzeuges bei der für seinen Wohnort zuständigen höheren Verwaltungsbehörde schriftlich anzubringen. In dem Antrag sind anzugeben: Name und Stand des Eigentümers, Art und Bestimmung des Fahrzeuges, das zugeteilte polizeiliche Kennzeichen, sowie die Umstände, welche die weitere Zulassung begründen.

Die Stellung des Antrags ist bereits vor dem 15. März 1915 zulässig.

§ 4. Wird dem Antrag auf erneute Zulassung stattgegeben, so erhält der Eigentümer die im § 6 der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Februar 1910 vorgeschriebene Zulassungsbescheinigung mit folgendem auf Seite 3 einzutragenden Vermerk: „Auf jederzeitigen Widerruf zum Verkehr auch nach dem 14. März 1915 zugelassen“; der Vermerk ist durch die höhere Verwaltungsbehörde unterschrieben zu vollziehen und mit dem Amtsstempel zu versehen.

Wird dem Antrag auf erneute Zulassung die bisherige Zulassungsbescheinigung beigelegt, oder ist sie schon vor Stellung des Antrags gemäß § 1 Absatz 2 an die höhere Verwaltungsbehörde abgeliefert worden, so wird der die erneute Zulassung aussprechende Vermerk in die bisherige Zulassungsbescheinigung eingetragen.

§ 5. Die höhere Verwaltungsbehörde hat in der von ihr geführten Liste der zugelassenen Kraftfahrzeuge die erneute Zulassung eines Fahrzeuges in der Spalte „Bemerkungen“ in augenfälliger Weise kenntlich zu machen. Die erneute Zulassung von Personenkraftfahrzeugen, die der Stempelabgabe für Kraftfahrzeuge unterliegen, hat sie alsbald der zuständigen Steuerstelle mitzuteilen.

§ 6. Nach dem 14. März 1915 darf die Zulassung eines Kraftfahrzeuges nur erfolgen, wenn neben den Voraussetzungen der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Februar 1910 und 21. Juni 1913 eine der Voraussetzungen des § 2 dieser Verordnung erfüllt ist. Die Zulassungsbescheinigung ist mit dem Vermerk nach § 4 dieser Verordnung zu versehen.

§ 7. Die Zulassung (§§ 2, 6) ist zu widerrufen, wenn das Fahrzeug mißbräuchlich, insbesondere zu anderen als den die Zulassung begründenden Zwecken benutzt wird.

§ 8. Ein Kraftfahrzeug, das entgegen den Vorschriften dieser Verordnung auf öffentlichen Wegen oder Plätzen verkehrt, kann von der höheren Verwaltungsbehörde ohne Entschädigung für dem Staat verfallen erklärt und eingezogen werden.

Gegen die Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde ist Beschwerde nur bei der Landeszentralbehörde zulässig. Die Landeszentralbehörde entscheidet endgültig.

§ 9. Vorstehende Vorschriften finden keine Anwendung auf Kraftfahrzeuge, die im Eigentume der Landesherren, der Mitglieder der landesherrlichen Familien und der fürstlichen Familie Hohenzollern, der bei dem Deutschen Reiche oder einzelnen Bundesstaaten beglaubigten Vertreter anderer Staaten, der Postverwaltungen, der Meeresverwaltungen oder der Marineverwaltung stehen.

§ 10. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens und erläßt die alsdann erforderlichen Uebergangsvorschriften.

Berlin, den 25. Februar 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Deßbrück.

Betr.: Verlegung über die Kriegsernährungsfrage und die Feldbeschaffung während der Kriegszeit.

An die Schulvorstände des Kreises.

Der Rhein-Mainische Verband für Volksbildung veranstaltet am 7. und 8. März 1915 in den Räumen des Bhsitatistischen Vereins zu Frankfurt a. M., Bettendorferweg 132/144, einen Lehrgang über die oben bezeichneten Fragen. Lehrern und Lehrerinnen, die gewillt sind, an den Vorträgen teilzunehmen, ist der erforderliche Urlaub zu gewähren.

Gießen, 3. März 1915.

Großherzogliche Kreisakademie Gießen.

J. B. Seidler.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Hegezeit der Hasenheiden.

Großh. Ministerium des Innern hat durch Entschließung vom 2. März d. J. die Hegezeit für Hasenheiden gemäß § 3 der Verordnung vom 29. April 1914 für die Zeit bis zum 20. März 1915 einschließlich aufgehoben.

Gießen, den 3. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B. Seidler.

Betr.: Die Einfindung der Abdeckerverzeichnisse vom Monat Februar 1915.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Wir erwarten umgehende Einfindung der Kreisabdeckerverzeichnisse für den Monat Februar d. J.

Gießen, den 2. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B. Seidler.

Betr.: Verschleppung der Maul- und Klauenseuche durch Militärpersonen bei Verurlaubungen.

An die Großh. Bürgermeisterien der Landgemeinden des Kreises.

Wir verweisen auf die Gefahr der Verschleppung der Seuche durch Militärpersonen, die in verseuchten Gehöften einquartiert sind oder, während sie in Urlaub sind, in solchen verkehren.

Soweit tunlich, ist zu vermeiden, Soldaten in verseuchte Gehöfte einzuquartieren. Läßt sich dies jedoch nicht umgehen, oder tritt die Verseuchung erst nach erfolgter Einquartierung ein und ist eine Umquartierung nicht möglich, so ist dafür Sorge zu tragen, daß die einquartierten Mannschaften die verseuchten Ställe nicht betreten. Die in Seuchengehöften einquartierten Soldaten, die nach anderen Orten beurlaubt werden, müssen vor dem Verlassen des Seuchengehöftes ihre Kleider gut reinigen und ihr Schuhwerk desinfizieren. Die gleiche Anordnung gilt für Fälle, in denen Soldaten während ihres Urlaubs in verseuchten Gehöften sich aufhalten. Allgemein ist darauf hinzuwirken, daß verseuchte Gehöfte nicht von Mannschaften betreten werden, die nicht unbedingt oder dienstlich darin verkehren müssen.

Gießen, den 1. März 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B. Seidler.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 16. bis 28. Februar d. J. wurden in hiesiger Stadt

gefunden: 1 Rucksack, 1 Portemonnaie mit Inhalt, 1 Paar Lederriemen mit Karabinerhaken, 1 Dolchmesser.

verloren: 1 schwarzer Damengürtel, 1 Brille mit schwarzem Gest., 1 silb. Portemonnaie mit Inhalt, 1 gold. Armband, 1 Portemonnaie mit Inhalt, 1 Damen-Portemonnaie mit Inhalt, 1 silb. Geldbörse mit Inhalt, 1 silb. Taschenuhr mit Zierzettel, 1 Buch ungebunden (Deutscher Aufsatz), 1 Kinder-Portemonnaie mit Inhalt.

Die Empfangsberechtigten der gefundenen Gegenstände belieben ihre Ansprüche alsbald bei uns geltend zu machen.

Die Abholung der gefundenen Gegenstände kann an jedem Wochentag von 11—12 Uhr vormittags und 4—6 Uhr nachmittags bei unterzeichneter Behörde, Zimmer Nr. 1, erfolgen.

Gießen, den 2. März 1915.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.

Seidler.

Drucksachen aller Art

liefert in jeder gewünschten Ausstattung preiswert die
Brühl'sche Universitäts-Druckerei, Schulstr. 7

Wöchenl. Uebersicht der Todesfälle i. d. Stadt Gießen.

8. Woche. Vom 14. bis 20. Februar 1915.

Einwohnerzahl: angenommen zu 32 900 (inkl. 1000 Mann Militär).

Sterblichkeitsziffer: 3,8‰

Nach Abzug von 8 Ortsheimen 26,80.

Es starben an	Jah.	Erwachsene	in 1. Lebensjahr	Kindes vom 2. bis 11. Jahr
Angeborener Lebensschwäche	2	—	2	—
Altersschwäche	3 (1)	3 (1)	—	—
Masern	2	—	—	2
Diphtherie	2 (2)	—	—	2 (2)
Lungenentzündung	1	1	—	—
Lungenentzündung	3 (1)	1 (1)	1	1
Krankheiten der Atmungsorgane	1	—	—	1
Krankheiten des Herzens	1	1	—	—
Gehirnschlag	1 (1)	1 (1)	—	—
Krankheiten d. Nervensystems	2	—	2	—
Krebs	2 (1)	2 (1)	—	—
andere bösartige Geschwülste	1 (1)	1 (1)	—	—
andere Todesursachen	2 (1)	1	1 (1)	—
Unbekannt	1	—	1	—
Summa: 24 (8) 11 (6) 7 (1) 6 (2)				

Außer in 7 Kriegsgefangenen.

Anm.: Die in Klammern gesetzten Ziffern geben an, wie viel der Todesfälle in der betreffenden Krankheit auf von auswärtig nach Gießen gebrachte Kranke kommen.

Meteorologische Beobachtungen der Station Gießen.

März 1915	Barometer auf 0° reduziert	Temperatur der Luft	Absolute Feuchtigkeit	Relative Feuchtigkeit	Windrichtung	Windstärke	Grad der Bewölkung im Mittel der Beobachtung	Wetter
4. 2 ^h	750,1	6,5	6,4	88	SW	2	10	Bed. Himmel
4. 6 ^h	750,3	6,6	6,6	91	SW	2	10	"
5. 1 ^h	749,2	7,1	6,8	91	SW	2	10	Regen
Höchste Temperatur am 3. bis 4. März 1915 = + 7,3° C.								
Niedrigste " " 3. " 4. " 1915 = + 2,7° "								
Niederschlag: 3,5 mm.								

Märkte.

ie. Frankfurt a. M. Viehhofmarktbericht vom 4. März. Auftrieb: Rinder 126 (Ochsen 2, Bullen 2, Kühe und Färsen 122, Kälber 854, Schafe 287, Schweine 1297.

Tendenz: Kälber flott; Schafe ruhig, geräumt; Schweine gedrückt.

Preise für 100 Pfd. Lebend- Schlachtgewicht.

Kälber.	Mt.	Mt.
Feinste Mastkälber	62—66	103—110
Mittlere Mast- und beste Saugkälber	60—64	100—107
Geringere Mast- und gute Saugkälber	56—59	93—100

Schafe.

Stallmastschafe:

Mastlamm und jüngere Mastschaf . . . 46—48 100—106

Schweine.

Vollfleischige Schweine von 80 bis

100 kg Lebendgewicht . . . 85,00—86,00 103,00—105,00

Vollfleischige Schweine unter 80 kg

Lebendgewicht . . . 80,00—85,00 100,00—102,00

Vollfleischige Schweine von 100 bis

120 kg Lebendgewicht . . . 85,00—86,00 103,00—105,00

Vollfleischige Schweine von 120 bis

150 kg Lebendgewicht . . . 85,00—86,00 103,00—105,00

Bekanntmachung.

Der vom Gemeinderat durchberatene Vorschlag der Gemeinde Daubringen für 1915 Rj. liegt vom 8. März 1915 ab eine Woche lang auf dem Bureau der Großh. Bürgermeisterie zur Einsicht offen. Einwendungen können während dieser Zeit mündlich oder schriftlich vorgebracht werden. Es werden Umlagen erhoben, zu denen die Ausmäcker beizutragen haben.

Daubringen, am 4. März 1915.

Großh. Bürgermeisterie Daubringen.

Walter.

2090